

„Politik & Wirtschaft“ in der Lehramtsausbildung

Stellungnahme der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) und der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP)

Vorbemerkung

An den deutschen Hochschulen wird im Rahmen des so genannten Bologna-Prozesses eine weitreichende Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge vorgenommen. Dies betrifft auch die Lehramtsausbildung. Für die Politikwissenschaft ist relevant, dass das Schulfach „Politische Bildung“ eine inhaltliche Neuausrichtung erfährt. In Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein beispielsweise ist das Schulfach „Sozialkunde“ umbenannt worden in „Politik und Wirtschaft“. Die damit einhergehende verstärkte Vermittlung von Wirtschaftskenntnissen an Schülerinnen und Schüler ist sehr zu begrüßen. Dennoch muss in dem tiefgreifenden Umbruchprozess sorgfältig bedacht werden, welche Inhalte den anstehenden Lehrer/-innen von politisch-ökonomischer Bildung in ihrer eigenen Ausbildung an der Hochschule vermittelt werden. Dies würde auch die bereits erfolgten und stattfindenden Umstellungen der Lehrpläne für Schulen betreffen.

Die Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft und die Deutsche Gesellschaft für Politikwissenschaft wollen hiermit zu den aus ihrer Sicht notwendigen Inhalten der Lehramtsausbildung im Bereich politisch-ökonomischer Bildung Stellung nehmen. Nach Auffassung von DVPW und DGfP sollte die politisch-ökonomische Bildung insbesondere in den politikwissenschaftlichen Instituten stattfinden, wobei Kooperationen mit den wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichen notwendig sind. Zu den Inhalten der Lehramtsausbildung nehmen DVPW und DGfP im Folgenden Stellung:

Politisch-ökonomische Bildung

- Fachliche Gegenstandsbereiche und Problemstellungen wissenschaftlich erschließen und bearbeiten zu können, ist grundlegend für erneuerungsfähiges Lehrerhandeln. Diese Professionalität kann nur erworben werden, wenn das Studium der Ort bleibt, an dem die Studierenden sich in wissenschaftlicher – d.h. auch: nicht schon primär praxisorientierter – Einstellung auf Theorien, Methoden und Forschungsfragen des Fachs einlassen können. Ziel des Studiums ist daher der Erwerb wissenschaftlicher Aneignungsfähigkeit an exemplarischen Gegenständen und Problemstellungen. Die Vorstellung, dass im Studium thematisch genau und umfassend das erworben werden könne, was später – wohl möglich jahrzehntelang – in der Schule zu unterrichten sei, war schon immer unrealistisch und passt heute umso weniger zu der vorherrschenden und u. E. berechtigten Annahme zukünftiger gesellschaftlicher Umbrüche.
- Die Fächer politischer Bildung (deren Bezeichnung von Bundesland zu Bundesland differiert) und zukünftig politisch-ökonomischer Bildung haben einen nicht hintergehbaren normativen Bezugsrahmen. In Demokratien soll politische Bildung Heranwachsende dazu befähigen, an Politik als Form der Selbststeuerung der Gesellschaft teilzuhaben. Aus dieser staatsbürgerlichen Grundorientierung ergeben sich Prioritäten für die Strukturierung des fachwissenschaftlichen Angebots. Politisch-institutionelles Wissen sowie Fähigkeiten der analytisch fundierten Urteilsbildung auf den umstrittenen Feldern gesellschaftlicher Entwicklung bilden die Kriterien für Relevanz von Gegenstandsbereichen der Lehramtsausbildung. Entsprechend soll die Behandlung von ökonomischen Themen und Fragen dazu beitragen, das Urteilsvermögens im Hinblick auf politische und gesellschaftliche Gestaltung zu schaffen und zu erweitern.
- Die Fächer politischer und zukünftig politisch-ökonomischer Bildung sind dadurch gekennzeichnet, dass sich ihr Gegenstandsbereich besonders intensiv verändert. Wenn die vorherrschenden Entwicklungsdynamiken – Globalisierung der Kommunikations- und Entscheidungshorizonte, zunehmende Bedeutung ökonomischer Sachverhalte für gesellschaftliche Beziehungen – für staatsbürgerliche Urteilsbildung relevant sein sollen, sind erhebliche Erweiterungen von Wissensbeständen und reflexiven Fähigkeiten notwendig.

- In die Lehrpläne der Bundesländer sind wirtschaftskundliche Gegenstände als verpflichtende Unterrichtsinhalte der Fächer politischer Bildung aufgenommen worden. Den Absolventen der entsprechenden Studiengänge fehlen aber in der Regel entsprechende Basiskompetenzen ebenso wie Kategorien zur gesellschafts- und bildungstheoretischen Einordnung solcher Unterrichtsinhalte.

Curriculare Folgerungen für Studiengänge in Fächern der politisch-ökonomischen Bildung

Unter den Vorgaben

- der Entwicklung wissenschaftlicher Aneignungsfähigkeit als generelles Ziel des Studiums (dies sollte neben der Klausur auch eigenständig erarbeitete Referate plus Diskussion als Prüfungsleistungen vorsehen),
- analytische und reflexive Qualifikation der zukünftigen Staatsbürgerinnen und -bürger als generelles Ziel beruflicher Tätigkeit von Lehrenden des Fachs Politik,
- der besonderen Veränderungsintensität politik- und gesellschaftswissenschaftlicher Gegenstandsbereiche, gegenwärtig insbesondere der Dynamiken von Globalisierung und insbesondere ihre ökonomischen Dimensionen,
- der Entwicklung vermittlungsfester wirtschaftswissenschaftlicher Basiskompetenzen

sollten folgende Erweiterungen bzw. Veränderungen der Schwerpunktsetzungen im Studium der Politiklehrerinnen / -lehrer vorgenommen werden:

1. Politische und ökonomische Theorien als Gesellschaftstheorien: Denkansätze, Prämissen, implizite Anthropologien, Ethiken und Gesellschaftskonzepte von Theorien; Lösungs- / Deutungsvorschläge und real- und theoriegeschichtliche Wechselwirkungen.

Das klassische *Gebiet der politischen Theorien und ihrer Geschichte* sollte um wesentliche ökonomische Theorien als Theorien gesellschaftlicher Gestaltung erweitert werden:

- Grundpositionen der klassischen Nationalökonomie – die Wirtschaftslehre des Liberalismus;
- Marxsche Theorie: Kritik der politischen Ökonomie und ihre Weiterentwicklungen;
- Keynes – Grundzüge und Bedeutung seiner makroökonomischen Wirtschaftspolitik;
- Ordoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft;
- Neoklassische Positionen und die Wirtschaftspolitik des Neoliberalismus;
- Grundzüge der gesellschaftlichen Einbettung wirtschaftlichen Handelns (Durkheim, Polanyi).

2. Der *Studienbereich „Politik und Wirtschaft“* sollte verpflichtend enthalten:

- Grundlegende Begriffe und Konzeptionen der Mikro- und der Makroökonomie, die spezifisch auf die Lehramtsbildung zugeschnitten werden sollten, da das aktuelle betriebs- und volkswirtschaftliche Grundstudium sehr mathematisiert und formalisiert ist;
- Einführung in die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesrepublik an Fall- / Politikfeldanalysen;
- nachhaltige Wirtschaftsentwicklung.

3. Der *Studienbereich „Politisches System“* sollte verpflichtend enthalten:

- Einführungen in die Wirtschafts- und Sozialpolitik an Fall- / Politikfeldanalysen;
- institutionalistische, akteurs- und strukturorientierte Analysen;
- gesellschaftliche Einbettung und Verantwortung von Unternehmen (corporate responsibility);
- die EU samt ihren wirtschaftspolitischen Dimensionen.

4. Der *Studienbereich „Internationales / Systemvergleich / Globalisierung“* sollte verpflichtend enthalten:

- Internationale Wirtschaftsbeziehungen und Wirtschaftsregime;
- Politische Ökonomie der Globalisierung;
- Demokratie und wirtschaftliches Wachstum.

5. Im *Studienbereich „Politische Bildung und ihre Didaktik“* sollte zumindest eine fachlich-didaktische Veranstaltung in den vorgenannten Themenfeldern verpflichtend sein.

Verabschiedet von Vorstand und Beirat der DVPW im April 2007 und vom Vorstand der DGfP im Juni 2007.